

Energiekonzerne: Der Weg zum Monopolisten und Möglichkeiten der Einflussnahme

Die folgenden Beispiele sollen nur einen kleinen Einblick gewähren, welche Möglichkeiten der Einflussnahme die Energiekonzerne auf die unterschiedlichste Art und Weise haben und welcher Weg sie zum Monopolisten führen kann – wie gesagt, nur beispielhaft!

Der Weg vom politischen Amt zum Netzbetreiber

Mitten im Atomfilz

Der Weg vom Bundesamt zu Vattenfall

Von Reimar Paul



Bruno Thomauske, einst Trittins Frontmann, dann Geschäftsführer bei Vattenfall.
Foto: Vattenfall

Bruno Thomauske genehmigte für das Strahlenschutzamt Zwischenlager und ist nun Manager des Atomkonzerns Vattenfall.

Deutschland benötigt dringend ein Endlager für hochradioaktive Abfälle. Die Erkundung des Salzstockes im niedersächsischen Gorleben muss zügig fortgesetzt und das Genehmigungsverfahren abgeschlossen werden. Das forderte vergangenen Mittwoch Bruno Thomauske, der technische Geschäftsführer und Strahlenschutz-Verantwortliche der Vattenfall Europe Nuclear Energy (VENE), VENE bündelt die Atomkraft-Aktivitäten beim Energiemulti Vattenfall und betreibt mit dem Unternehmen E.ON die norddeutschen Atomkraftwerke Brokdorf, Brunsbüttel, Krümmel sowie den stillgelegten Meiler in Stade. Thomauske, der sich am Rande der Präsentation von Schleswig-Holsteins erstem Zwischenlager in Brunsbüttel so für den Endlagerstandort Gorleben ins Zeug legte, ist in der Atomgemeinde kein Unbekannter. »Dass ausgerechnet er diese Forderungen erhebt, zeigt die Verfilzung von Atomindustrie und Genehmigungsbehörden auf«, schimpft die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.

Die Empörung ist nicht unberechtigt. Vor seinem Job bei Vattenfall war der gelernte Physiker Thomauske (Jahrgang 1949) 20 Jahre lang in führender Funktion beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS). Er leitete hier die Erkundung des Salzstockes Gorleben und übernahm die Verantwortung für die Endlager-Projekte Morsleben und Schacht Konrad. Zuletzt war er beim BfS für die Genehmigung der Castortransporte sowie der Zwischen- und Interimslager an AKW-Standorten zuständig.

»Thomauske war«, urteilt das Aktionsbündnis Neckarwestheim »für den grünen Umweltminister Trittin der Frontmann vor Ort im Durchsetzen der Genehmigungen«. Mit dezentralen Zwischenlagern auf AKW-Grundstücken wollte Rot-Grün die Wiederaufarbeitung deutschen Atommülls im Ausland stoppen und die Zahl der unpopulären Castortransporte reduzieren. Thomauske reiste quer durch die Republik und leitete die atomrechtlichen Anhörungen. Er diskutierte, erörterte – und genehmigte. Befürchtungen, die Lager seien nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert oder hätten keine Reparaturmöglichkeiten für defekte Castorbehälter, wischte er stets vom Tisch. Für alle von den Betreibern beantragten Zwischenlager gab das BfS grünes Licht.

Im Herbst 2003 wechselte Thomauske vom BfS zu Vattenfall und rückte schnell in die Geschäftsführung auf. Ob er, wie Insider mutmaßen, dort schon länger unter Vertrag stand, ist unklar. Laut BfS sei er nach Bekanntwerden seines Wechsels in der Behörde mit anderen Aufgaben betraut worden und habe unterschrieben, Dienstgeheimnisse auch nach dem Ausscheiden aus dem BfS zu wahren.

Thomauske feiert in Brunsbüttel inzwischen sein selbst genehmigtes Zwischenlager, sagte gestern Francis Althoff von der BI Lüchow-Dannenberg. »Es darf nicht sein, dass bei der offensichtlichen Interessenverfälschung derjenige in der Öffentlichkeit Forderungen stellt, der schon 1983 beim BfS seinen Alleingang zur Durchsetzung des Endlagerprojekts Gorleben startete.« Sämtliche unter seiner Federführung erteilten Genehmigungen müssten überprüft werden, fordert Althoff. Laut BfS ist das längst geschehen.

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=85602&IDC=3>

WAZ: Mitglied der Cromme-Kommission fordert Konsequenzen aus Eon-Affäre

19.01.2006 - 16:47 Uhr, **Westdeutsche Allgemeine Zeitung** ►► [[Pressemappe](#)]

Essen (ots) - Essen. Der renommierte Wirtschaftsrechtler Marcus Lutter hat Konsequenzen aus der Eon-Affäre um vermeintliche Lustreisen auf Konzernkosten gefordert. „Es ist sehr problematisch, dass die Aufsichtsräte von kommunalen Unternehmen zumeist mit Politikern und nicht mit Fachleuten besetzt werden“, kritisierte Lutter gegenüber der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ). Das Mitglied der Cromme-Kommission, die im Auftrag der Bundesregierung Regeln für gute Unternehmensführung formuliert hat, sagte: „Oft werden die Aufsichtsräte von Stadtwerken oder kommunalen Wohnungsgesellschaften für ihre politische Treue belohnt und nicht wegen ihrer Fachkenntnis berufen. An dieser Stelle muss einmal gründlich aufgeräumt werden.“ Der Professor des Bonner Zentrums für europäisches Wirtschaftsrecht regte an, „klare Regeln in den Gemeindeordnungen zu formulieren“.

Rückfragen bitte an:

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

Telefon: (0201) 804-0

Email: zentralredaktion@waz.de

Energie-Verbraucher: Absprachen treiben Strompreise hoch

dpa-Meldung, 01.06.2006 (14:23)

Bonn - Der Bund der Energieverbraucher sieht in möglichen Absprachen der großen Energiekonzerne und fehlendem Wettbewerb einen Grund für überhöhte Strompreise. Die Konzerne hätte ein "milliardenschweres Interesse" daran, die Preise gemeinschaftlich hochzuhalten, sagte der Vorsitzende des Bundes der Energieverbraucher, Aribert Peters, am Donnerstag der dpa in Bonn. Es sei "naiv", zu denken, es gebe auf diesem Gebiet keine Absprachen. "Das Hauptopfer überhöhter Preise ist der private Endkunde."

Die erneute Durchsuchung der Wettbewerbshüter sei sicher nicht ohne Grund erfolgt, sagte Peters. "Man muss bei der ersten Razzia Mitte Mai verdächtige Hinweise gefunden haben, sonst hätte man jetzt nicht wieder vor der Tür gestanden."

Die vier großen Energiekonzerne E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall hätten die Macht über den deutschen Markt unter sich aufgeteilt und seien Gebietsmonopolisten, sagte Peters. "Einen Wettbewerb gibt es hier nicht." Allein 90 Prozent der Erzeugungskapazitäten und rund 80 Prozent bei der Verteilung entfielen auf die vier Großen, unter denen wiederum E.ON und RWE dominierten.

An der Strombörse, wo die Konzerne als beherrschende Anbieter wie Nachfrager aufträten, koste eine Kilowattstunde 5 Cent, sagte Peters. Die Erzeugungskosten lägen aber im Schnitt nur bei 2,5 Cent. "Das sind schon 100 Prozent mehr." Es liege auch die Vermutung nahe, dass "in Absprachen das Angebot künstlich verknappt" werde, um die Preise hochzuhalten.

Der Bund der Energieverbraucher schätze, dass derzeit in Deutschland auf Grund der Marktsituation etwa eine Milliarde Euro monatlich zu viel für Strom und Gas bezahlt werde.

<http://www.verivox.de/News/ArticleDetails.asp?aid=14909>

Berlin (rpo). Gut für die Umwelt, gut für den Menschen? Diese Rechnung stimmt nicht immer. Denn für die saubere Luft wird im Augenblick der Bürger zur Kasse gebeten. Was die Stromkonzerne für den Emissionshandel zahlen, der vor gut einem Jahr startete, schlagen sie dem Verbraucher auf die Stromrechnung auf. Nach Angaben von Umweltschützern streichen sie damit Milliardengewinne ein.

Wenn die großen deutschen Energieversorger EnBW und RWE in Kürze ihre Bilanzen vorlegen, dürfte unter dem Strich ein dickes Plus stehen. Ein Grund: der Emissionshandel. Bis zu 64 Milliarden Euro Gewinn könnten die fünf deutschen Stromriesen RWE, Eon, Vattenfall, EnBW und STEAG so bis 2012 auf dem Rücken der Verbraucher erzielen, behauptet der Umweltverband WWF. Dem stünden aber nur Investitionen in Höhe von 11,6 Milliarden Euro gegenüber. Die Versorger selbst nennen diese Zahlen "nicht seriös". Dass der Emissionshandel die Bilanzen wohligh bläht, streiten aber auch sie nicht ab.

"Eingetreten ist, was gewollt war", argumentiert Emissionshandelsexpertin Gabriele Rahn von Vattenfall. Einerseits ja. Denn der Emissionshandel läuft in seiner Logik auf eine Verknappung der Verschmutzungsrechte und damit auf steigende Preise hinaus. Andererseits hinkt das Argument. Denn die alte rot-grüne Regierung hatte den rund 1700 teilnehmenden Unternehmen die Emissionszertifikate kostenlos zugeteilt. Dennoch schlagen die Stromkonzerne den Marktpreis, mit dem die Berechtigungen an der Leipziger Strombörse gehandelt werden, auf die Rechnung für ihre Kunden auf. Rund 500 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) dürfen deutsche Unternehmen in der Pilotphase 2005 bis 2007 in die Luft blasen. Bei dem aktuellen Marktpreis von 25 Euro pro Tonne CO₂ können sie damit in drei Jahren satte 37,5 Milliarden Euro zusätzlich erzielen.

Regierung will "Mitnahmeeffekte" vermeiden

Auch der auf Wirtschaftsinteressen bedachten großen Koalition ist das nicht geheuer: "Mit ihrem Verhalten haben die Stromkonzerne viele Sympathien verspielt", heißt es aus Regierungskreisen. Die Bundesregierung sucht deshalb nach einem Ausweg aus dem Dilemma. Schon im Koalitionsvertrag steht geschrieben, "Mitnahmeeffekte" beim Emissionshandel sollten künftig vermieden werden. Im Klartext: Die Stromkonzerne sollen stärker belastet werden.

Noch ist die Regierung im Bermudadreieck von Verbraucher-, Umwelt- und Industrieinteressen gefangen. Im Umweltministerium werben derzeit die Lobbyisten für ihre Modelle. Auf dem Tisch liegt etwa ein Vorschlag, die Verschmutzungszertifikate für die nächste Handelsphase 2008 bis 2012 zu versteigern. Bis zu zehn Prozent der Emissionsrechte kann Berlin so nach EU-Vorgaben an den Mann bringen. Nachteil: Die große Koalition müsste sich dann den Vorwurf gefallen lassen, an den steigenden Strompreisen mitzuverdienen.

Die Waage neigt sich aber Richtung Verbraucher - und Industrie. Denn auch große Energieverbraucher in der Wirtschaft, wie etwa die Aluminiumhersteller, wollen sich die explodierenden Strompreise nicht länger gefallen lassen. Sie haben im September Verfassungsbeschwerde gegen den CO₂-Handel eingelegt. Grund: Er führe in Europa zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen für energieintensive Betriebe.

Für Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) wird der Emissionshandel rund 100 Tage nach seinem Amtsantritt damit zur Nagelprobe. In wenigen Wochen will er ein Modell für den zweiten "nationalen Allokationsplan" vorlegen, in dem die Zuteilung der Zertifikate für die Phase 2008 bis 2012 geregelt wird. Die Zeit drängt: Spätestens Ende Juni muss das Papier in Brüssel vorliegen.

<http://www.rp-online.de/public/article/nachrichten/wirtschaft/energie/deutschland/243158>

E.ON übernimmt Endesa

Leipzig (ots) - Energie-Coup Von Ulrich Langer Wulf Bernotat will es wissen. Der Chef des Düsseldorfer Energieriesen Eon nimmt sage und schreibe 29 Milliarden Euro in die Hand, um mit seinem Unternehmen auf der iberischen Halbinsel zu landen: durch die Übernahme des größten spanischen Stromversorgers Endesa. Eine gewaltige Summe, die durch Bankkredite und Eigenmittel abgedeckt werden soll. Ist das nicht zu hoch gepokert? Das erscheint nur auf den ersten

Blick so. Bei genauerer Betrachtung hat der Eon-Boss aber einen klugen Schachzug gewählt. Mit einem Schlag wäre Deutschlands größter Energiekonzern - falls die Kartellbehörden sich nicht quer legen und die Übernahme stoppen - im Mittelmeerraum präsent. Und: Über Endesa gelänge Eon zugleich der Zugriff auf den lukrativen lateinamerikanischen Markt. **Die Spanier sind die Nummer 1 in Kolumbien, Peru, Chile und Argentinien mit Millionen Kunden.** Eine Region, der weltweit mit das dynamischste Wachstum im Energiebereich vorausgesagt wird. Aber nicht nur das. Mit dem Coup steigt Eon zugleich zur globalen Nummer 1 unter den Strom- und Gasversorgern auf. Wer auf dem Weltmarkt die Nase vorn hat, sichert sich wichtige Quellen künftiger Gewinne und kann die Konkurrenz noch besser beherrschen. In einer hart umkämpften Branche, die attraktive Erträge abwirft, ist das nicht zu unterschätzen. **Allein Eon hat im abgelaufenen Jahr einen Gewinnsprung von plus 71 Prozent hingelegt und so 7,4 Milliarden Euro verdient.** Die Pflöcke auf internationalem Parkett einzuschlagen, ist für Eon auch aus perspektivischer Sicht von Vorteil. Immerhin prognostizieren die Experten bis 2030 einen Anstieg des weltweiten Energieverbrauchs von 50 Prozent, allein beim Strom für die nächsten 15 Jahre von 42 Prozent. Sich davon ein ansehnliches Stück abzuschneiden, lohnt also.

Originaltext: Leipziger Volkszeitung Digitale Pressemappe:
<http://presseportal.de/story.htm?firmaid=6351> Pressemappe via RSS :
feed://presseportal.de/rss/pm_6351.rss2

Rückfragen bitte an: Leipziger Volkszeitung Redaktion
Telefon: 0341/218 11558

Norddeutsche Affinerie kritisiert E.ON-Endesa-Übernahme - Zeit

HAMBURG (Dow Jones)--Die Norddeutsche Affinerie AG hat einem Pressebericht zufolge das Vorhaben der E.ON AG scharf kritisiert, die spanische Endesa SA zu übernehmen. Der Vorstandsvorsitzende der Norddeutschen Affinerie, Werner Marnette, sagte der Wochenzeitung "Die Zeit", das Vorhaben habe "fatale Folgen" für die deutsche Industrie.

"Durch überhöhte Strom- und Gaspreise hat E.ON seine Kriegskasse randvoll gefüllt", sagte der Manager der Zeitung. Jetzt sei es offenbar an der Zeit, die **"von den deutschen Strom- und Gasverbrauchern eingesammelten Milliarden gewinnbringend"** anzulegen. E.ON kontrolliere bereits Regionalversorger und Stadtwerke im Inland sowie immer mehr Energieversorger im europäischen Ausland. Die Übernahme des spanischen Konzerns ließe mehr Wettbewerb auf dem europäischen Energiemarkt in weite Ferne rücken, zitiert "Die Zeit" Marnette weiter. Das Vorhaben sei ein Fall für die EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes. DJG/ssu/mim

<http://www.faz.net/d/invest/meldung.aspx?id=20465700&news=unt>

E.ON startet Kraftwerksbau in Italien

DÜSSELDORF (Dow Jones)--Die E.ON AG, Düsseldorf, hat mit dem Bau ihres angekündigten Gas- und Dampfkraftwerk im norditalienischen Livorno Ferraris begonnen. Die 800-Megawatt-Anlage soll Anfang 2008 in Betrieb gehen. Mit dem neuen Kraftwerk steige E.ON in die Stromerzeugung in Italien ein und werde damit die Wettbewerbsfähigkeit in dem Land nachhaltig verbessern, erklärte E.ON-Energie-Vorstand Bernhard Fischer am Donnerstag anlässlich der Grundsteinlegung. Bisher ist E.ON in Italien lediglich im Stromvertrieb und -handel aktiv und setzt rund 2 Mrd Kilowattstunden pro Jahr ab.

Nach Einschätzung des Düsseldorfer Versorgers befindet sich der italienische Kraftwerkspark in einer drastischen Umbauphase. Viele veraltete Anlagen müssten noch stillgelegt werden. Zusätzliche Kapazitäten seien notwendig, um den steigenden Strombedarf des Landes zu decken. Die elektrische Leistung des neuen E.ON-Kraftwerks kann etwa eine Mio Haushalte mit Strom versorgen. Der Konzern investiert in die Anlage, die von der Siemens AG errichtet wird und einen Wirkungsgrad von 58% haben soll, rund 400 Mio EUR.

<http://www.faz.net/d/invest/meldung.aspx?id=28925249>

Kommentar von der IG Vorsicht-Hochspannung:

Hält sich Siemens deshalb mit der Vermarktung ihres Erdleitungsproduktes "gasisolierte Leitungen (GIL)" zurück?